

Ein Ausweg aus der multiplen Krise

Mehr Ökokratie wagen!

Von Bernhard Pötter

Wenn es Ernst wird mit der Sicherung der Zukunft, ist auf Demokratie im Normalbetrieb kein Verlass: Am 15. März 2010 etwa erklärten die Umweltminister der EU, der rasante Verlust von Tier- und Pflanzenarten in Europa, der laut EU-Beschluss eigentlich bis 2010 gestoppt werden sollte, gehe weiter. Neues Zieldatum für ein Ende der Plünderung an der Zukunft ist jetzt 2020. Die Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen muss warten. Drei Monate vorher war die Weltdebatte der Vereinten Nationen bereits an einer Einigung zur Bekämpfung des Klimawandels gescheitert. Der „Kopenhagen Akkord“ ist weder ein wirklicher Konsens unter allen Staaten noch löst er das Problem, dass sich der Planet Erde bis 2100 um drei bis vier Grad Celsius erhitzen kann. Die Liste ließe sich fortsetzen. Sie zeigt, wie unfähig unsere demokratischen Institutionen auf die galoppierende Multi-Krise von Arten-schwund, Klimawandel und Übernutzung der natürlichen Ressourcen reagieren. Der liberalen Demokratie fehlen Instrumente, um auf eine planetarische Bedrohung zu reagieren und die absoluten Grenzen einzuhalten, die uns physikalisch-biologische Systeme setzen. Wir rutschen in die Katastrophe – wenn auch demokratisch legitimiert. An den Daten besteht kein Zweifel, an Informationen fehlt es nicht: Wir nutzen ein Drittel mehr Ressourcen als nachwachsen, unser ökologischer Fußabdruck wächst und wächst. Und am größten ist der Naturverbrauch immer noch dort, wo entwickelte demokratische Strukturen herrschen, nämlich in den Industrieländern. Vielleicht ist die Demokratie für den Raubbau an der Zukunft nicht allein verantwortlich. Aber sie verhindert ihn zumindest nicht. Auch Deutschland, selbst ernannter Musterschüler in Sachen Demokratie und Umweltschutz, kommt schlecht weg – trotz Nachhaltigkeitsrat, Grünem Punkt und Ökosteuer.

Es ist also was faul im Staate. Unsere demokratischen Institutionen sind darauf ausgelegt, Mehrheiten die Macht zu garantieren und Minderheiten zu schützen, die offene Debatte über grundsätzliche Fragen zu garantieren und immer wieder friedliche Machtwechsel zu organisieren. Dieses Erfolgsmodell versagt jedoch weltweit: Da regiert global die Minderheit der Reichen über die Mehrheit der Armen und der nachfolgenden Generationen, da folgt aus einer Überflutung mit alarmierenden Daten keine angemessene Aktion, da ist ein Machtwechsel der herrschenden ökonomisch-politischen Zustände kaum zu organisieren. Dabei sind Demokratie und Umweltschutz eigentlich ein Dream-Team. Erst der große Demokratisierungsschub in den Industrieländern seit den 1960er-Jahren hat auch die Umweltbewegung befeuert. Die liberalen Demokratien haben sich zudem deutlich flexibler und innovativer gezeigt, was technische und soziale Erfindungen angeht, um die Industrie zu entgiften. Autoritäre Systeme nehmen ihren Bürger(inne)n im übertragenen und konkreten Sinn die Luft zum Atmen.

Die Grenzen der Demokratie

Doch die Demokratisierung hat auch ihre ökologischen Kollateralschäden. Seit Bürger(innen) sich wehren können, werden Fabriken in Gegenden und Länder verlagert, die ärmer und schutzloser sind. Und weil „König Kunde“ sich nicht gern Mäßigung verordnen lässt, traut sich kaum ein(e) Politiker(in), den Staatsbürger und die Staatsbürgerin – der und die ja auch irgendwo im Verbraucher und in der Verbraucherin steckt – mit unbequemen Wahrheiten zu konfrontieren. Einer der Gründe dafür ist, dass der Kapitalismus die Demokratie zur Geisel genommen hat. Bisher betrachten wir politische und ökonomische Freiheit als zwei Seiten einer Medaille. Die Demokratie, die wir kennen, ist ohne den ressourcenintensiven Kapitalismus nicht zu denken. Historisch gesehen garantierte nur die ökonomische Unabhängigkeit auch die politische Freiheit – solange der Herrscher dem politischen Gegner willkürlich Hof und Gut entziehen konnte, war Widerspruch gefährlich und Demokratie unmöglich. Doch die Zeiten haben sich geändert: Heute kommt die Bedrohung nicht von zu wenig, sondern von zu viel ökonomischer Freiheit. Die Verschmelzung der Demokratie mit einem Wirtschaftssystem, das wegen seiner Verschleuderung von ökologischen Ressourcen nicht zukunftsfähig ist, wird zum Problem: Wie soll eine Demokratie aussehen, die für eine lebenswerte Zukunft Pläne schmiedet, wenn gleichzeitig ihre Zwillingsschwester, die ungezügelt Wirtschaft, eben diese Zukunft ruiniert? Die Demokratie wird sich weiter entwickeln müssen – zur Ökokratie. Das klingt schlimmer als es ist. Denn die Demokratie hat in den letzten Jahrhunderten flexibel auf Veränderungen reagiert: Auf die Elite

★ Buchtipp

Die Ökobilanz unseres politischen Systems ist verheerend. Hilft nur noch die Öko-Diktatur aus der demokratischen Sackgasse? Nein. Ein System, das die physikalischen Grenzen der Erde anerkennt und den Respekt vor ihnen politisch organisiert, ist machbar. Das ausführliche Plädoyer für die Ökokratie.

Bernhard Pötter: Ausweg Öko-Diktatur?

Wie unsere Demokratie an der Umweltkrise scheitert.

quergedacht Band 7. Erscheint im September 2010 im oekom verlag, ca. 96 Seiten, ISBN 978-3-86581-219-3, 8,95 €. Vorbestellungen: kieselbach@oekom.de



Demokratie folgte das allgemeine Wahlrecht; die willkürliche Rechtsprechung von Kirche und Adel wurde zum Rechtsstaat umgebaut; die Grundrechte wurden in der Verfassung verankert; aus der karitativen Fürsorge entstand der moderne Sozialstaat. Ähnlich werden die demokratischen Systeme auf die Systembedrohung durch die Umweltkrise reagieren müssen.

Eine andere Demokratie ist möglich

Wie soll das aussehen? Zum Überleben reichen demokratische Spielregeln nicht aus, es muss absolute Grenzen geben. Die werden definiert von den physikalischen Leitplanken, die das System Erde nun einmal fordert: also etwa die Begrenzung des globalen Temperaturanstiegs auf unter zwei Grad Celsius und die Bewahrung des verbleibenden Schatzes an Artenvielfalt.

Auch politisch-praktisch ist das machbar. Die Europäische Union könnte einen Vertrag „Maastricht II“ abschließen: mit ökologischen Stabilitätskriterien und der Einrichtung einer „Zukunftsbank Europa“ (ZBE), die über die Einhaltung dieser Verpflichtungen wacht. An die ZBE treten die Mitgliedsstaaten einen Teil der staatlichen Souveränität ab, wenn es um Klima- und Artenschutz geht. Die Zukunftsbank überwacht die EU-Politik etwa in den Bereichen Industrie, Verkehr und Landwirtschaft. Sie kann gegen die Vergabe von Subventionen einschreiten. Länder, die sich aus der ZBE verabschieden wollen, verzichten damit auf die Agrar-, Verkehrs-, Umwelt- und Industriesubventionen der Gemeinschaft. Mit welchen Maßnahmen die ZBE regiert, bleibt ihr überlassen: Sie kann Grenzwerte festlegen, Subventionsströme umlenken oder faire Preise etwa für fossile Brennstoffe oder Chemikalien festsetzen, in denen die externalisierten Kosten der Produkte einberechnet werden. Die Bank kann auch darauf dringen, die europäischen Umweltstabilitätsziele in die jeweiligen nationalen Verfassungen zu übernehmen – nicht als weitgehend hohle Verpflichtung, sondern als konkreter Stufenplan, der etwa vorsieht, den Pro-Kopf-Ausstoß eines Landes bis 2030 auf fünf Tonnen CO₂ zu reduzieren. Sobald das festgeschrieben ist, sind Umweltgruppen klageberechtigt, falls das Ziel nicht erreicht wird.

Ist eine solche Regelung undenkbar? Bei der Währungsunion haben die europäischen Staaten ein solches System errichtet. Wie sehr ein Land in die Zange genommen werden kann, wenn es die Kriterien nicht erfüllt, zeigt momentan das Beispiel Griechenland. Auch die Abgabe von Souveränität an Brüssel ist in der Agrar-, Umwelt- und Industriepolitik schon lange gang und gäbe. Aber ist es vorstellbar, dass sich souveräne Staaten einem Verfahren unterwerfen, das nicht transparent arbeitet und mit strikten Regeln schmerzhaft Nachteile mit sich bringen kann? Die Antwort lautet: Ja, das Welthandels-Regime der WTO liefert den Beweis.

bleibt die Frage: Ist die Ökokratie demokratisch zu vermitteln? Selbstverständlich bringt Rücksicht auf die Zukunft auch Einschränkungen mit sich. Doch das Wesen der Demokratie ist eben die Einschränkung. Grenzenlose Freiheit dagegen ist ein Zeichen der Willkür und der Anarchie. Freiheit ist immer auch die Freiheit des Andersdenkenden, aber heute ist sie auch die Freiheit des Anderswo und der nach uns Geborenen. Demokratie darf sich nicht legitimiert sehen, die Zukunfts-

chancen von morgen bereits heute zu verbrauchen. Im Übrigen stellen demokratische Staaten auch jetzt grundlegende Entscheidungen nicht immer zur Abstimmung – die Kriege im Irak und in Afghanistan sind dafür Beispiele.

Selbstbeschränkung ist notwendig. Und wir praktizieren sie auch ohne Murren, wenn die Einschränkung individueller Freiheit einen Zuwachs an kollektiver Sicherheit verspricht: Wir akzeptieren die Datensammlungen von Behörden und Firmen, wir lassen uns am Flughafen nackt scannen, weil wir Angst vor Terroristen haben. Aber wehe, jemand denkt über Tempolimits nach: Dann ist offenbar unsere Freiheit in Gefahr. „Freie Fahrt für freie Bürger“ bringt die irriige Haltung auf den Punkt, dass politische Rechte nicht von ökonomischen Freiheiten zu trennen sind. Sie können, ja sie müssen teilweise sogar getrennt werden. Der richtige Slogan wäre also „Fahrverbot für freie Bürger“.

Ungewohnte Freiheiten in Sicht

Anders als allgemein behauptet, ist das „Weiter so“ nicht ein Szenario der Freiheit, sondern des nachdrücklichen Zwangs: Jede zusätzliche Tonne CO₂ in der Atmosphäre, jede ausgestorbene Pflanzenart raubt uns weitere Entwicklungschancen und opfert unser Morgen dem Heute: Die ökologischen, wirtschaftlichen und politischen Spielräume werden beim Business as usual so eng, dass bald kein Business as usual mehr möglich ist! Ökokratie ist dagegen die Bewirtschaftung unserer Ressourcen unter der Maßgabe des allgemeinen Überlebens nach den Regeln der Demokratie. Sie rettet unsere Lebenschancen und macht frei. Denn den Verzicht politisch zu gestalten, kann auch bedeuten, ihn als neuen Begriff der Freiheit zu deuten: Freiheit von den Zwängen der fossilen Energien, Freiheit von den finanziellen und ökologischen Schulden, die wir uns und unseren Kindern aufbürden, Freiheit von den nationalen und internationalen Konflikten, die noch verstärkt auf uns zukommen, wenn sich Dürren, Stürme und der Verlust von Lebensraum weiter ausdehnen.

All das erscheint vielleicht als Vision. Doch Visionen können schnell Realität werden: Die Abschaffung der Sklaverei, das Ende der Apartheid oder der Fall der Mauer wurden erträumt und erkämpft, weil Menschen die Vorstellung von einer besseren Welt nicht aufgeben wollten. Heute wissen wir, dass diese Menschen realistischer waren als ihre ängstlichen und kurzfristigen Zeitgenoss(inn)en. Es heißt, Menschen mit Visionen sollten zum Augenarzt gehen. Doch das Gegenteil ist richtig: Menschen ohne Visionen sollten einen Psychiater aufsuchen.

Zum Autor

Bernhard Pötter, geb. 1965, ist Journalist und Autor. Nach zwölf Jahren als Redakteur bei der „tageszeitung“ und fünf Jahren als freier Journalist in Paris arbeitet er ab Herbst 2010 wieder in Berlin, vor allem zu den Themen Klimawandel und internationale Umweltpolitik.

Kontakt

Bernhard Pötter, E-Mail bernhardpoetter@web.de